

Land plant Kürzungen im Sozialbereich

Zehntausende demonstrieren gegen Sparpläne

DÜSSELDORF (epd). In Düsseldorf haben nach Schätzungen der Veranstalter rund 32 000 Menschen gegen Kürzungspläne der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Sozialbereich demonstriert. Zu der Kundgebung auf den Oberkasseler Rheinwiesen unter dem Motto „NRW bleib sozial!“ hatte die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in NRW aufgerufen. Auf der Redner-Bühne kamen neben Vertretern der Landesregierung auch Vertreter von Gewerkschaften, Experten der freien Träger sowie Praktiker aus der Kinder- und Familienberatung, der Integrations- und Flüchtlingsberatung und der Wohnungslosenhilfe zu Wort.

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), der unter Pfiffen der Demonstranten das Podium betrat, verwies darauf, dass die Schwerpunkte der Landesregierung im kommenden Jahr auf die Bereiche Schulen, Kita und sozialer Wohnungs-

bau gelegt würden. In diesen Bereichen werde die Landesregierung aufstocken. Viele der geplanten Kürzungen im Sozialbereich würden aber nicht mehr korrigiert werden können, räumte der Minister ein. Es müsse ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Die Bereiche Integration in den Arbeitsmarkt, Bekämpfung der Obdachlosigkeit und Gesundheit würden allerdings keine Kürzungen erfahren, betonte er. Laumann würdigte die Demonstration und die starke Teilnehmerzahl als deutliches Zeichen dafür, dass die Kürzungen im Sozialbereich nicht klaglos hingenommen würden.

Laumann hatte am Morgen in einem Interview mit dem WDR darauf verwiesen, dass allein sein Sozialressort Kürzungen von rund 30 Millionen Euro plane. Er hoffe auf ein stärkeres Wirtschaftswachstum in NRW und Deutschland. Dann könne man auch Dinge verändern.



Karl-Josef Laumann (CDU), Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, sprach bei der Kundgebung von Wohlfahrtsverbänden gegen geplante Kürzungen der Landesregierung auf den Oberkasseler Rheinwiesen in Düsseldorf. Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

Mit Blick auf die Demografie und die zunehmende Zahl älterer Menschen brauche es Wirtschaftswachstum, um die bisher gewohnten Ausgaben finanzieren zu können. Die Wohlfahrtspflege bekomme auch im Jahr 2025 die größte Einzelförderung in seinem Haushalt von rund 32,8 Millionen Euro. Vorher seien es

34,4 Millionen Euro gewesen. Es stehe weniger Geld zur Verfügung, aber nach wie vor fließe „richtigerweise sehr viel Geld in diese Bereiche“.

Die DGB-Landesvorsitzende Anja Weber sagte, dass die Armut im Land weiter wachse. „Eine solche soziale Spaltung dürfen wir nicht größer werden lassen“, mahnte sie.

Die Menschen müssten das Gefühl haben, dass die Politik für sie da sei. Weber forderte eine Korrektur der geplanten Kürzungen.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW hatten für Mittwochmittag zur Kundgebung „NRW bleib sozial!“ gegen Kürzungen im sozialen Bereich aufgerufen. Damit

wollten die Träger verschiedener sozialer Angebote ein Zeichen setzen gegen die im Haushaltsentwurf der NRW-Landesregierung vorgesehenen Einsparungen von insgesamt rund 83 Millionen Euro. Sie betreffen etwa Angebote der Familienhilfe und Kindertagesstätten, Beratungsstellen und Integrationsprogramme.

Kliniken: Kosten so hoch wie nie

DÜSSELDORF (epd). Die Kosten der 328 nordrhein-westfälischen Krankenhäuser haben 2023 bei rund 33,2 Milliarden Euro gelegen. Wie „Information und Technik NRW“ als Statistisches Landesamt mitteilte, waren das 5,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Davon verursachten nichtstationäre Leistungen rund 5,2 Milliarden Euro. Die Kosten der vollstationären Krankenhausversorgung betragen demzufolge 28 Milliarden Euro, das waren 5,1 Prozent mehr als 2022.

Gestiegen ist nach Angaben der Statistiker auch die Zahl der Behandlungsfälle. Diese war mit rund 4,2 Millionen vollstationär versorgten Patientinnen und Patienten 2,4 Prozent höher als im Vorjahr. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Kosten betrugen 6691 Euro, 2,6 Prozent mehr als 2022. Ein Belegungstag kostete 2023 im Schnitt 957 Euro und damit 2,9 Prozent mehr.

Mit 20,2 Milliarden Euro entfielen rund zwei Drittel der Gesamtkosten auf das Personal. Sachkosten schlugen mit 12,4 Milliarden Euro zu Buche. Der übrige Teil entfiel auf Kosten für Ausbildungsstätten, Zinsen und ähnliche Aufwendungen sowie Steuern.

Opposition sieht die Planungen kritisch

NRW-Landtag genehmigt Neuverschuldung für 2024

DÜSSELDORF (dpa). Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen hat der nordrhein-westfälische Landtag der Regierung einen Nachschlag zum Haushaltsbudget 2024 gewährt. Aufgrund der schlechten konjunkturellen Entwicklung und sinkender Steuereinnahme-Erwartungen sei das derzeit nicht zu vermeiden, sagte NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) im Düsseldorfer Landtag.

Die Oppositionsfraktionen von SPD, FDP und AfD zweifeln das an und stimmten gegen das Nachtragshaushaltsgesetz. Aus ihrer Sicht hat das Land noch frei verfügbare Mittel in Milliardenhöhe, die verwendet werden könnten, um neue Schulden zu vermeiden. Der Finanzminister widersprach. Erstmals will die Lan-

desregierung eine Konjunkturkomponente der sogenannten Schuldenbremse nutzen, um innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen neue Kredite aufnehmen zu können. Mit dem Nachtrag stehen dafür maximal rund 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Gesamtetat für das laufende Jahr liegt bei 102,8 Milliarden Euro.

Die Landesregierung werde nur das absolut Nötige aus diesem Rahmen in Anspruch nehmen, versicherte der Finanzminister. Es gehe nicht darum, „noch irgendwie etwas Schönes für die Koalition zu tun“. Der SPD-Abgeordnete Christian Dahm warf der Landesregierung hingegen vor, sie habe noch sieben Milliarden Euro an ungenutzten sogenannten Selbstbewirtschaftungsmitteln, die sie nutzen könnte, um

neue Schulden zu vermeiden. „Sie schaffen sich einen Reptilienfonds für die nächsten Jahre“, sagte Dahm. Damit solle für die zweite Hälfte der Wahlperiode „mehr Beinfreiheit“ für schwarz-grüne Koalitionsvorhaben organisiert werden.

Eine solche „Spardose“ gebe es nicht, versicherte der Finanzminister. Tatsächlich seien im aktuellen Stammhaushalt bereits 860 Millionen solcher Mittel zurückgeführt worden, um keine unnötigen Schulden zu machen. Eine Rückführung von weiteren 2,5 Milliarden Euro an Selbstbewirtschaftungsmitteln stünden schon im Haushaltsentwurf für 2025. Es müssten aber auch Ressourcen für die Co-Finanzierung von Bundes- oder EU-Programmen vorgehalten werden.

Gleichzeitig sei doch Konsens, „dass wir unser Personal anständig bezahlen wollen“ und dass bei Investitionen nicht gekürzt werden solle. Insofern solle die Opposition konkrete Vorschläge machen, welche Summe in welchem Haushaltstitel entnommen werden sollte. „Ansonsten ist das hier eine Nebelkerze.“

Der FDP-Abgeordnete Ralf Witzel forderte die Landesregierung auf, die richtigen Prioritäten zu setzen, um Schulden zu vermeiden. „Sie haben nämlich in Nordrhein-Westfalen weiterhin stark steigende Steuereinnahmen. Sie steigen nur eben nicht mehr ganz so stark wie erhofft.“



NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) hat seinen Nachtragshaushalt durchbekommen, musste sich aber scharfe Kritik gefallen lassen. Foto: dpa/Oliver Berg

EU-Kommission in der Warteschleife

BRÜSSEL (may). An der Frage, ob ein italienischer Rechtspopulist Stellvertreter von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen werden soll, hat sich im Europaparlament ein tiefer Riss gebildet – in der Folge droht der planmäßige Start der neuen Vonder-Leyen-Kommission zu kippen.

Nach einer harten Auseinandersetzung der Mitte-Links-Fraktionen mit dem

designierten Vizepräsidenten Raffaele Fitto von den italienischen Rechtspopulisten haben die Mitte-Rechts-Fraktionen auch mit der designierten Vizepräsidentin Teresa Ribera von den spanischen Sozialisten einen handfesten Krach inszeniert.

Daraufhin wurden am Mittwoch die Entscheidungen über sämtliche noch ausstehende Personalien nicht nur um wenige Stunden, son-

dern um einige Tage verschoben. Das soll Raum für Verständigung geben. Kommt diese jedoch nicht zustande und scheitern einer oder mehrere Kandidaten, müssen die betroffenen Mitgliedstaaten erst neue Vorschläge machen, die erneut geprüft werden. Dann wird der 1. Dezember für die vorgesehene Arbeitsfähigkeit der neuen Kommission nicht mehr erreicht.

46. Woche, 14.11. - 16.11.2024

EDEKA Rhein-Ruhr Stiftung & Co. KG, Edekaplatz 1, 47445 Moers.
Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen, solange der Vorrat reicht. Für Druckfehler keine Haftung. Alle Artikel ohne Deko.

Wir ♥ Lebensmittel.